

Beate Littig

Die sozial-ökologischen Zukünfte der Arbeitsgesellschaft

Eine geschlechterpolitische Bestandsaufnahme

Der Text ist zuerst im Rahmen der Publikation „Klima & Geschlecht – warum Klima(politik) gender-relevant ist“ als Band 10 der Reihe des Frauenservice Wien Frauen.Wissen.Wien erschienen und wurde für die Veröffentlichung in diesem Band formal lektoriert.

In Bezug auf den Klimawandel, allgemeiner die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, werden zwei unterschiedliche Ansätze zur Transformation der Arbeitsgesellschaften diskutiert: die Schaffung einer grünen Ökonomie und grüner Vollerwerbsgesellschaften und die Schaffung von sozial-ökologisch nachhaltigen Postwachstumsgesellschaften. Letztere basieren auf einem erweiterten Arbeitsbegriff (nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch Care, Eigenarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement) sowie der Neubewertung und Umverteilung von Arbeit, auch zwischen den Geschlechtern. Voraussetzungen dafür sind eine neue Vollerwerbsarbeitszeit (20 bis 30 Stunden) für alle sowie eine sozial-ökologische Steuerreform. Was diese Konzepte für Frauen bedeuten, wird zumeist eher am Rande diskutiert. In der grünen Ökonomie geht es aus geschlechterpolitischer Sicht vor allem um die Schaffung von Voraussetzungen, dass Frauen an den guten Arbeitsplätzen insbesondere im technologischen Bereich überhaupt teilhaben können (Ausbildung, Kinderbetreuung etc.), und auch in Postwachstumsgesellschaften wird sich eine gerechte Aufteilung der Care-Arbeit sowie der Erwerbsarbeit nicht automatisch einstellen, sondern muss systematisch gefördert werden. Der Beitrag reflektiert die Konzepte aus geschlechterpolitischer Sicht und vor dem Hintergrund der gegenwärtigen multiplen Krise, die durch das Corona-Virus heraufbeschworen wurde.

Zur Einleitung

Auch wenn die mediale Berichterstattung seit März 2020 von der coronavirus-bedingten multiplen Krise dominiert wird, scheint die Sorge um die Folgen des Klimawandels nicht aus der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit verschwunden zu sein.

Dies zeigt sich nicht nur bei aktuellen Bevölkerungsumfragen⁽¹⁾, in denen besorgte Bürger*innen den Klimawandel als eines der großen Zukunftsprobleme einschätzen, sondern auch in den Debatten über die Bewältigung der Folgen des Shutdowns durch großangelegte staatliche und übernationale Konjunkturprogramme. Auch wenn das ökonomische Wachstumsmantra durch die Medien hallt und mächtige Wirtschaftsverbände gegen Umweltauflagen (z. B. CO₂-Steuern) als Bedingung staatlicher Finanzhilfen mobilisieren, gibt es durchaus mahnende Stimmen, die die derzeitige Krise als Chance für eine Ökologisierung und gerechtere Gestaltung der (inter-)nationalen Wirtschaftsprozesse und Arbeitsbeziehungen sehen.

Vor dem Hintergrund quasi über Nacht explodierter Arbeitslosenzahlen wird dabei eine alte Kontroverse aktiviert, die spätestens seit der ersten Ölkrise in den 70er Jahren in Krisenzeiten geführt wird, nämlich ob erhöhter Umweltschutz ein Wirtschaftswachstums- und damit Jobkiller ist oder Arbeit schafft und sichert (*Littig 2012*). Seit der letzten internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 wurde in diesem Zusammenhang maßgeblich seitens supranationaler Organisationen der Vereinten Nationen (u. a. UNDP, ILO) eine ökologische Modernisierung der (Welt-)Wirtschaft unter den Stichworten Green Deal, Green Economy und Green Jobs zur Krisenbewältigung erfolgreich lanciert. Diese gilt inzwischen als globaler umwelt- und klimapolitischer Mainstream, der durch das Pariser Klimaabkommen und die Verabschiedung der Sustainable Development Goals (SDGs) 2015 bestätigt wurde (*UN 2015*).

¹ Vgl. für Österreich: https://www.kleinezeitung.at/international/corona/5810372/Umfrage_Klimawandel-bereitet-Oesterreichern-mehr-Sorgen-als; für Deutschland: <https://www.welt.de/vermischtes/article208339923/Allensbach-Umfrage-Klimawandel-bereitet-Deutschen-groessere-Sorgen-als-Corona.html> [Zugriff: 15.7.2020].

In kritischer Abgrenzung gegenüber dem dominanten Konzept der Green Economy wird insbesondere von sozial-ökologisch engagierten zivilgesellschaftlichen, u. a. auch öko-feministischen Bewegungen sowie in kritischen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Kontexten die Überwindung des kapitalistischen Wachstumsparadigmas zugunsten der Schaffung sozial-ökologisch nachhaltiger Postwachstumsgesellschaften gefordert (*Brand / Wissen 2017*). Dass die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die globale soziale Ungleichheit angesichts begrenzter Ressourcen und ungleicher Machtverhältnisse durch technologiegetriebenes grünes Wirtschaftswachstum überwunden werden kann, wird dabei grundsätzlich bezweifelt (*im Überblick Littig 2018 sowie Dörre et al. 2019*).

Aus geschlechterpolitischer Sicht werfen beide Zugänge eine Reihe von Fragen auf – u. a. deshalb, weil Gleichstellungsfragen eher marginalisiert werden (*Bauhardt 2014*). So stellen sich grundsätzlich Fragen nach den Chancen und Hindernissen für ihre gleichstellungspolitischen Effekte, nach ihren Voraussetzungen und Konsequenzen. Im Folgenden sollen die beiden Ansätze zunächst skizziert, bevor sie hinsichtlich ihrer geschlechterpolitischen Implikationen betrachtet werden.

Green Economics als Grüne Vollerwerbsgesellschaft(en)

Eine prominente Stimme derer, die die Corona-Krise als Chance für klimapolitische Innovationen sehen, ist die EU-Ratspräsidentin Ursula von der Leyen, die nachdrücklich für einen Green Deal wirbt, den sie schon kurz vor dem Ausbruch der Pandemie als zentralen Baustein ihrer Präsidentschaftspolitik präsentiert hatte (*Europäische Kommission 2019*). So sollen laut eines Berichts des deutschen Magazins „Der Spiegel“ 25 Prozent des 750 Milliarden Euro schweren Wiederaufbaufonds für Klimaschutz ausgegeben werden. Kritisch gewendet bedeutet das, dass 75 Prozent der Förderungen nicht an Klimaskutzkriterien gebunden sind. Klimaschutz ist zwar nach wie vor ein Ziel der EU-Politik, aber nicht das wichtigste.⁽²⁾ Vorgesehen sind in dem im Mai 2020

2 So der Kommentar von Oliver Geden, Experte für EU-Klimapolitik der renommierten Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin im selben Spiegel-Artikel (*Götze 2020*). Auch der deut-

präsentierten Fonds rund 20 Milliarden für saubere Mobilität, zehn Milliarden für Recycling und Kreislaufwirtschaft und 50 Milliarden für eine nachhaltigere Landwirtschaft. Auch Technologien wie Wasserstoffantriebe, erneuerbare Energien und die energetische Sanierung von Gebäuden sind Teil des Programms (Götze 2020). Auch auf nationaler Ebene gibt es Anstrengungen, Klima- und Konjunkturpolitik zur Krisenbewältigung zu koppeln – in Österreich etwa durch ein Vorziehen der im türkis-grünen Regierungsprogramm angekündigten klimapolitischen Investitionen vor allem in Infrastrukturprojekte des Verkehrs, der regenerativen Energieerzeugung sowie der thermischen Sanierung und im Bau. Die Stadt Wien verfolgt mit Nachdruck ihr schon länger erklärtes Ziel „Klima-Musterstadt“ zu sein und insbesondere im Bereich Energie, Abfall und Verkehr starke politische Akzente zu setzen.⁽³⁾

Die skizzierten internationalen, nationalen wie kommunalen klimapolitischen Strategien und Maßnahmen streben eine ökologische Modernisierung und eine Beseitigung der unbeabsichtigten Folgen der vorherrschenden umwelt- und klimaschädlichen Wirtschafts- und Lebensweisen an. Ziel ist die Schaffung einer „grünen Ökonomie“, die auf der Basis technologischer Effizienzsteigerung und Innovationen Wettbewerbs- und Standortvorteile, Arbeitsplätze und hohe Lebensqualität sichern soll. Ganz im Sinne der neoklassischen Theorie wird erwartet, dass durch begrüntes Wirtschaftswachstum grüne Vollerwerbsgesellschaften und darüber soziale Inklusion erreicht werden können (Littig 2018).

Frauenpolitische Überlegungen spielen in diesen Diskussionen eher eine marginale Rolle. Zwar verlangt das SDG 5⁽⁴⁾ explizit die Förderung der

sche Thinktank Agora findet das Hilfspaket unter Klimaschutzgesichtspunkten unzureichend (Agora Energiewende 2020). Zur sozialpolitischen Kritik des Green Deal vgl. Adler et al. 2019.

3 <https://www.wien.gv.at/umwelt-klimaschutz/klima-musterstadt.html> [Zugriff: 15.7.2020] Diese Bestrebungen sind Teil der 2019 revidierten „Smart City Rahmenstrategie“, mit der sich die Stadt ambitionierte Ziele für eine nachhaltige Stadtentwicklung gesetzt hat. <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/b008380.html>

4 SDG 5: Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen

Gleichstellung der Geschlechter, dennoch werden die geschlechterpolitischen Wirkungen und Voraussetzungen klima- und umweltpolitisch orientierter Arbeitsmarktpolitik nur selten thematisiert und bleiben vage und unklar (Cohen 2017, UBA 2018). Dabei geht es um die Frage, ob und inwieweit die bestehenden oder neu zu schaffenden grünen Arbeitsplätzen auch Arbeitsplätze für Frauen sind bzw. sein werden. Inwieweit sind es „gute Arbeitsplätze“ etwa im Sinne der Decent Work der ILO⁽⁵⁾ oder des DGB-Index⁽⁶⁾, ebenfalls ein Ziel der SDGs (Nr. 8)? „Gute Arbeit“ zeichnet sich demnach vor allem durch ein gesichertes und angemessenes Einkommen, Karriere- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Gesundheits- und Arbeitsschutz und eine gute Work-Life-Balance aus (Brandl et al. 2019).

Eine systematische Analyse der geschlechtsspezifischen Auswirkungen des europäischen Green Deals wurde bis dato nicht durchgeführt. Aus einer Geschlechterperspektive ist aber darauf hinzuweisen, dass hochqualifizierte gute Arbeitsplätze in der Green Economy, für die vor allem ein technischer oder wissenschaftlicher (Aus)Bildungshintergrund erforderlich ist, Mangelware sind und vor allem von Männern besetzt werden (Leitner et al. 2012, UBA 2018: 73f). Diese Situation dürfte sich durch die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt noch deutlich verschärfen (WBGU 2019). Der geringe Frauenanteil in den Zielbranchen der Green Economy zeigt auch exemplarisch eine aktuelle Erhebung der weiblichen und männlichen Beschäftigten in den Branchen Energie, Verkehr und Bau in Wien, die als wichtige Förderungsgebiete für eine grüne Wirtschaft und verstärkten Klimaschutz gelten (Brandl et al. 2019). Die Beschäftigten in diesen Bereichen machten 2016 rund 12 Prozent der Gesamtbeschäftigten in Wien aus. Der Frauenanteil lag in den Bereichen Bau und Verkehr bei rund 20 Prozent, im Bereich Energie bei rund

5 Vgl. ILO (International Labour Organization): Decent work agenda. <https://www.ilo.org/global/topics/decent-work/lang--en/index.htm> [Zugriff: 15.7.2020].

6 DGB-Index „Gute Arbeit“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes, <http://index-gute-arbeit.dgb.de> [Zugriff: 15.7.2020].

30 Prozent, wobei Frauen in erster Linie in der Verwaltung der jeweiligen Bereiche zu vermuten sind (*eigene Berechnungen auf Basis von „Abgestimmte Erwerbsstatistik für 2016“ der MA 23; vgl. auch Eichmann / Nocker 2015*). Um die anspruchsvollen und damit tendenziell guten Arbeitsplätze in der Energieversorgung, im Mobilitäts- und Bausektor für (qualifizierte) Frauen deutlich attraktiver zu machen, müssen eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen ergriffen werden: Zum einen gilt es, die Anzahl der Frauen und Mädchen, die technische oder naturwissenschaftliche Studiengänge absolvieren und in entsprechende Berufe einsteigen, zu steigern und zum anderen muss die Gleichstellung von Männern und Frauen in diesen Arbeitsmarktsegmenten durch eine entsprechende Lohnpolitik, Karrieremöglichkeiten und Vereinbarkeitsmaßnahmen gefördert werden (*vgl. Kuhl 2012*). Die spezielle Förderung von Frauen in MINT⁽⁷⁾-Ausbildungsgängen und Berufen ist eine zentrale Maßnahme, um die Frauenerwerbstätigkeit in vergleichsweise guten Arbeitsbereichen längerfristig zu sichern und gleichzeitig zur Erfüllung klimapolitischer Zielsetzungen beizutragen.

Nach dem Wachstum: Sozial-ökologische Tätigkeitsgesellschaft(en)

Dem Green Economy Mainstream gegenüber stehen wachstumskritische Ansätze, die sich mit den Schlagworten Postwachstumsgesellschaft oder De-growth-Bewegung belegen lassen. Auch wenn diese Ansätze durchaus heterogen sind, eint sie die Forderung nach einer tiefgreifenden wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Transformation der global vernetzten kapitalistischen Ökonomien (*vgl. den Sammelband von Dörre et al. 2019*): die Überwindung des ökonomischen Wachstumsparadigmas, eine Abkehr vom Ressourcen verschleißenden exklusiven

Konsumismus hin zu einer suffizienten und solidarischen Lebensweise, die globale Ungleichheiten beseitigt und soziale und ökologische Gerechtigkeit herstellt (*z. B. Brand / Wissen 2017*). Die Vorstellungen davon, wie diese Transformation erreicht werden kann, sind sehr vielfältig. Sie reichen von der

⁷ MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik

Durchsetzung einer neuen Vollerwerbsarbeitszeit (20 bis 30 Stunden) für alle, Kostenwahrheit durch eine sozial-ökologische Steuerreform, eine erweiterte Wirtschaftsdemokratie bis zur Konversion umweltschädlicher Industrien und Wirtschaftsbereiche. Als zentrale transformatorische Akteure gelten starke zivilgesellschaftliche Bewegungen in einer auszuweitenden Mosaikallianz mit allen progressiven Kräften innerhalb der Gewerkschaften, der Parteien, sowie staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen (*Urban 2018*).

Vor allem von öko-feministischer Seite wird reklamiert, dass sozial-ökologisch nachhaltige Postwachstumsgesellschaften einer grundlegenden Transformation der geschlechterdifferenzierenden Erwerbsarbeitsgesellschaft bedürfen. Dabei darf Nachhaltigkeit nicht auf Ökologie verengt werden, muss Geschlechtergerechtigkeit systematisch in den Nachhaltigkeitsdiskurs integriert und darf reproduktive Arbeit nicht vernachlässigt werden (*Bauhardt 2014, Kuhl 2012*). Dem erwerbsarbeitszentrierten Arbeitsbegriff, der sich im Laufe der Industrialisierung etabliert hat und der, im Verbund mit patriarchalen Geschlechterverhältnissen, Männern und Frauen idealtypisch unterschiedliche Arbeitssphären zuwies, wird ein erweiterter Arbeitsbegriff entgegengesetzt.^[8] Dieser umfasst neben Erwerbsarbeit auch die private Care-Arbeit, Eigenarbeit für die Selbstversorgung sowie zivilgesellschaftliches Engagement. Auf dieser Basis wird zur Gleichstellung der Geschlechter die Neubewertung und Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit gefordert. Dabei gilt es, die vor allem von Frauen geleisteten informellen Care-Arbeiten als Arbeit und Basis der formellen Ökonomie anzuerkennen, gegenüber der Erwerbsarbeit aufzuwerten und geschlechtergerecht zu verteilen.

Vertreter*innen der Care-Perspektive gehen dabei noch einen Schritt weiter und verlangen einen grundlegenden Paradigmenwechsel des Wirtschaftens im Sinne eines ganzheitlichen Verständnisses von Wirtschaften,

8 Für einen erweiterten Arbeitsbegriff und die soziale Anerkennung und Weiterentwicklung aller Arbeitsformen plädiert bemerkenswerterweise auch der 2015 erschienene UN-Bericht zur menschlichen Entwicklung, der nur in einer globalen Green Economy die Chance für den Fortbestand menschlicher Arbeitsmöglichkeiten im Sinne nachhaltiger Arbeit sieht (*UNDP 2015*).

Arbeiten und Leben sowie deren normative Orientierung an Prinzipien der (Vor-)Sorge (*Gottschlich et al. 2014, Tronto 2013*). Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung bezieht sich Care sowohl auf gegenwärtige als auch auf zukünftige Generationen und verlangt eine (Re-)Orientierung der marktvermittelten Geldökonomie, weg von abstrakter Wertschöpfung hin zu einem Wirtschafts- und Arbeitszweck, der der Realisierung von Lebenszwecken dient und gesellschaftliche Kooperation und Sorge um das Ganze der (gesellschaftlich notwendigen) Arbeit ins Zentrum stellt (*Biesecker / Hofmeister 2013*). Die Idee eines an Vorsorge orientierten Wirtschaftens liegt vielen öko-feministisch orientierten systemkritischen Entwürfen zugrunde, die bereits beim Nachhaltigkeitsgipfel in Rio (1992) und erneut beim Jubiläumskongress Rio +20 (2012) diskutiert wurden. Gemeinsam sind diesen Ansätzen die grundlegende Infragestellung kapitalistischer Profitmaximierung, der solidarische Umgang mit Gemeingütern sowie die Forderung nach der Erhaltung der Reproduktionsfähigkeit und Integrität der Natur. Die Orientierungsleitlinie ist ein „gutes Leben für alle“ als visionärer Gesellschaftsentwurf (*im Überblick: Littig 2018*).

Ein Ausblick auf plurale Entwicklungen

Die skizzierten sozial-ökologischen Szenarien zukünftiger Arbeitsgesellschaften beinhalten deutlich unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Entwicklungspfade heute schon, aber auch zukünftig verfolgt werden sollen. Dabei sind auch während der andauernden Corona-Krise sowohl die Absichtserklärungen zur Schaffung grüner Ökonomien als auch die alternativen Denkansätze sowie die Arbeits- und Lebensprojekte im Umfeld der neuen sozial-ökologischen Bewegungen auf dem Vormarsch. Die Debatte um einen erweiterten Arbeitsbegriff, Arbeitszeitverkürzung und die Umverteilung von Arbeit ist allerdings deutlich mehr eine Fachdebatte als eine öffentlich geführte. Dies könnte sich allenfalls im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung (Stichwort Industrie 4.0) ändern; dann nämlich, wenn (wie prognostiziert) durch die digital vernetzte Wertschöpfung und zunehmende Robotisierung massenhaft Arbeitskräfte freigesetzt würden (*WBGU 2019*). Dadurch könnten die Diskussionen über die Neuorganisation der Arbeitsgesellschaft neue Dynamik bekommen; wenn auch nicht vorrangig aus umweltpolitischen Gründen. Auch die shutdown-be-

dingte hohe Arbeitslosigkeit begünstigt offenbar Vorstöße in Richtung Arbeitszeitverkürzung, wie dies aktuell von der SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreich) ins Spiel gebracht wurde.

Zwischen den derzeit diskutierten frauenpolitischen Forderungen aus den Folgen der Corona-Krise und der skizzierten öko-feministischen Care-Perspektive lassen sich eine Reihe von Gemeinsamkeiten feststellen (*Genanet et al. 2020*): Die immense praktische wie normative Bedeutung der formellen wie informellen Care-Arbeiten, aber auch ihre prekäre Organisation und mangelhaften Arbeitsbedingungen wurden in der Corona-Krise offensichtlich;⁹ aber auch, dass diese Arbeiten (wie viele andere sogenannte systemrelevante Arbeiten) in erster Linie von Frauen erbracht werden.¹⁰

Erste Forschungsergebnisse zeigen, dass berufstätige Mütter gerade wegen ihrer Doppelbelastungen durch ihre Erwerbsarbeit und ihre rollenstereotypischen Care-Verpflichtungen während des Shutdowns deutlich höher belastet waren (*Lewis 2020*). Diese Tendenz sowie eine generelle Verstärkung der prekären Situation der Pflegearbeit und eine deutliche Mehrbelastung von Frauen ist auch durch die Folgen des Klimawandels zu befürchten (*Genanet et al. 2020*). Wenn eine „Retraditionalisierung“ der Geschlechterverhältnisse und steigende Arbeitslosigkeit von Frauen abgewendet werden soll, müssen die erprobten Maßnahmen zur „Sicherung der Gleichbehandlung, Beseitigung der Diskriminierung, Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen“ verstärkt werden (*Allmendinger 2020*).

Die Folgen der globalen Corona-Krise sind noch längst nicht abzusehen. Dass Frauen, Kinder und ärmere Bevölkerungsgruppen besonders vulnera-

9 Der jüngste Bericht des DGB-Index „Gute Arbeit“ (1 / 2020) zu den sogenannten systemrelevanten Reinigungs- und Verkaufsberufen, der Alten- und Krankenpflege und den Erziehungs- und Sozialberufen trägt den aussagekräftigen Titel „Weiblich, systemrelevant, unterbezahlt“ <https://index-gute-arbeit.dgb.de/++co++a8b3b430-7c89-11e9-b866-52540088cada> [Zugriff: 20.7.2020]

10 Einen Blog zu Corona und Care betreibt die deutsche Friedrich-Ebert-Stiftung: <https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend/gender/corona-und-care>

bel sind, ist allerdings bereits klar (*UN 2020*), die politischen Strategien zur Bewältigung der Krise sind es noch längst nicht. Denkbar sind sowohl Zukunftsszenarien größerer sozialer Spaltung, nationaler Abschottung und einer langfristigen Einschränkung von Freiheitsrechten und digitaler Kontrolle einerseits und mehr soziale Gerechtigkeit, internationale Solidarität und Kooperation bei der Realisierung nachhaltiger Entwicklungsziele andererseits. Welches Szenario sich durchsetzen wird, hängt vom Verlauf der politischen Auseinandersetzungen über die Zukunft von Wirtschaft, Arbeit, Konsum, Demokratie, Gesundheitssystem, EU und vielem anderem mehr ab. Ihr Ausgang mag ungewiss sein, geführt werden sie bereits. Frauen- und geschlechterpolitische Perspektiven sind dabei unabdingbar, denn eine Arbeitsgesellschaft ohne rechtliche und faktische Gleichstellung der Geschlechter kann jedenfalls nicht nachhaltig sein.

Beate Littig ist Fellow am Institut für Höhere Studien Wien und dort Koordinatorin der Forschungsplattform *Sozial-ökologische Transformation*.

Literaturverzeichnis

- Adler, David / Wargan, Pawel / Prakash, Sona (Hrsg.) (2019): A Blueprint for Europe's Just Transition. The Green New Deal for Europe, <https://report.gndforeurope.com> [Zugriff: 15.7.2020].
- Agora Energiewende (2020): Recovering Better! Climate Safeguards for the proposed EU's Proposed 1.85 trillion Euro 85-Trillion-Euro Budget, Berlin <https://www.agora-energiewende.de/en/publications/recovering-better> [Zugriff: 15.7.2020]
- Allmendinger, Jutta (2020): Die Frauen verlieren ihre Würde. Gastbeitrag in: Die ZEIT – Online am 12.5.2020. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-05/familie-corona-krise-frauen-rollenverteilung-rueckentwicklung> [Zugriff: 17.7.2020].
- Bauhardt, Christine (2014): Solutions to the crisis? The Green New Deal, Degrowth, and the Solidarity Economy: Alternatives to the capitalist growth economy from an ecofeminist economics perspective, in: *Ecological Economics*, 102, S. 60–68.
- Biesecker, Adelheid / Hofmeister, Sabine (2013): Zur Produktivität des „Reproduktiven“. Fürsorgliche Praxis als Element einer Ökonomie der Vorsorge, in: *Feministische Studien*, 31, 2, S. 240–252.
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*, München: oekom.

- Brandl, Jana / Littig, Beate / Zielinska, Irina (2019): Urbaner Klimaschutz und Arbeit: Zu den qualitativen und quantitativen Beschäftigungsauswirkungen der Emissionsreduktionsziele am Beispiel der Stadt Wien. In: Becke, Guido (Hrsg.): Gute Arbeit und ökologische Innovationen. Perspektiven nachhaltiger Arbeit in Unternehmen und Wertschöpfungsketten. München: Oekom Verlag, S. 279–296.
- Cohen, Marjorie Griffin (2017): Introduction. Why gender matters when dealing with climate change. In: dies. (Hrsg.): Climate change and gender in rich countries. Work, public policy and action. London: Routledge, S. 3–18.
- Dörre, Klaus / Rosa, Hartmut / Becker, Karina / Seyd, Benjamin (Hrsg.) (2019): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie, Wiesbaden: Springer VS.
- Eichmann, Hubert / Nocker, Matthias (2015): Die Zukunft der Beschäftigung in Wien – Trendanalysen auf Branchenebene. Wien: FORBA.
- Europäische Kommission (2019): The European Green Deal, Brüssel
https://commission.europa.eu/publications/communication-european-green-deal_en [Zugriff: 15.7.2020].
- genanet, Gender CC, LIFE (2020): Für eine geschlechtergerechte Bewältigung der Corona- und Klima-Krise. Diskussionspapier, Berlin https://www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Themen/Corona/20200512_Diskussionspapier_Corona-Klima-Gender.pdf [Zugriff: 15.7.2020].
- Götze, Susanne (2020): Corona-Krise: EU-Kommission pumpt Milliarden in klimafreundlichen Wandel, in: Der Spiegel Online, 28.5. <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/corona-krise-eu-kommission-pumpt-milliarden-in-klimafreundlichen-wandel-a-4c02e3c3-c320-4a87-833f-4bb4c5f70b7d> [Zugriff: 15.7.2020].
- Gottschlich, Daniela / Roth, Stephanie / Härtel, Annika / Röhr, Ulrike / Hackfort, Sarah / Segebart, Dörte / König, Claudia (2014): Nachhaltiges Wirtschaften im Spannungsfeld von Gender, Care und Green Economy. Debatten – Schnittstellen – blinde Flecken. Cage Texte 1 / 2014. https://www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Care_Gender_Green_Economy/CaGE-Texte_1-2014.pdf [Zugriff: 15.7.2020].
- Kuhl, Mara (2012): Geschlechteraspekte des Green New Deal – eine Analyse der Strategiepapiere der Grünen / EFA Green-New-Deal-Arbeitsgruppe. http://www.dr-mara-kuhl.de/fileadmin/user_upload/GND_Kuhl_DEU.pdf [Zugriff: 15.7.2020].
- Leitner, Andrea / Wroblewski, Angela / Littig, Beate (2012): Green Jobs. Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotenziale, Informationen zur Umweltpolitik Nr. 186, Arbeiterkammer Wien (Hrsg.).
https://www.arbeiterkammer.at/infopool/akportal/izUmweltpolitik_Ausgabe_186.pdf [Zugriff: 15.7.2020].
- Lewis, Helen (2020): Das weibliche Desaster. Frauen sind weniger von Corona betroffen? Von wegen. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten treffen sie wesentlich stärker. <https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/detail/das-weibliche-desaster-4198> [Zugriff: 15.7.2020].

- Littig, Beate (2012): Von Rio 1992 zu Rio+20. Arbeit im Kontext der aktuellen Nachhaltigkeitsdiskussion. In: WSI-Mitteilungen, Heft 8, S. 581–588.
- Littig, Beate (2018): Good work? Sustainable work and sustainable development: a critical gender perspective from the Global North. In: Special Issue of Globalizations: Labour in the Web of Life, 15 (4), S. 565–579.
- Tronto, Joan (2013): Caring Democracy. Markets, Equality and Justice. New York: New York University Press.
- UBA (Umweltbundesamt) (Hrsg.) (2018): Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Forschungsreview, Analyse internationaler Vereinbarungen, Portfolioanalyse. UBA Texte 23/2018, Dessau.
- UN (United Nations) (2015): Transforming Our World. The 2030 Agenda for Sustainable Development. New York: United Nations.
- UN (United Nations) (2020) Shared Responsibility, global solidarity: Responding to the socio-economic impacts of Covid-19. <https://unsdg.un.org/sites/default/files/2020-03/SG-Report-Socio-Economic-Impact-of-Covid19.pdf> [Zugriff: 15.7.2020].
- UNDP (United Nations Development Programme) (Hrsg.) (2015): Bericht über die menschliche Entwicklung 2015: Arbeit und menschliche Entwicklung. Berlin: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen.
- Urban, Hans-Jürgen (2018): Ökologie der Arbeit. Ein offenes Feld gewerkschaftlicher Politik? In: Schröder, Lothar / Urban, Hans-Jürgen / Müller, Nadine / Pickshaus, Klaus / Reusch, Jürgen (Hrsg.): Ökologie der Arbeit: Impulse für einen nachhaltigen Umbau. Frankfurt a. M.: Bund Verlag. S. 329–349.
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltfragen) (2019): Unsere gemeinsame digitale Zukunft. Hauptgutachten, Berlin. <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/unsere-gemeinsame-digitale-zukunft> [Zugriff: 15.7.2020].

DER ARTIKEL ENTSTAMMT DEM BUCH



**Herausgegeben von
Die Armutskonferenz, Margit Appel, Alexander Brenner-Skazedonig,
Verena Fabris, Gunter Graf, Alban Knecht, Sandra Matzinger,
Robert Rybaczek, Martin Schenk**

BoD-Verlag

Online: www.armutskonferenz.at/buch-es-brennt

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
-------------------------	-----------

FLÄCHENBRAND: Die großen sozial-ökologischen Problemfelder

Ulrich Brand

Ökologie ist keine Luxusfrage

Klimakrise und soziale Ungleichheit gehen uns alle an.....	17
--	-----------

Stephan Lessenich

Klima – Klasse – Konsum

Ungleichheitsdynamiken in der ökologischen Krise.....	31
---	-----------

Karin Fischer

Klima-Kolonialismus

Die Klimakrise als globale Verteilungs- und Gerechtigkeitskrise.....	43
--	-----------

Judith Kohlenberger

Migration bekämpfen, Klima retten?

Chancen einer sozial-ökologischen Transformation der Asyl- und Integrationspolitik	51
--	-----------

GLUTNESTER: Dimensionen der sozial-ökologischen Transformation

Beate Littig

Die sozial-ökologischen Zukünfte der Arbeitsgesellschaft

Eine geschlechterpolitische Bestandsaufnahme.....	61
---	-----------

Ilja Steffelbauer

Mangel- und Fehlernährung als historische und aktuelle Herausforderung

Ernährungssouveränität als Lösung.....	73
--	-----------

Elisa Klein Díaz und Michaela Moser

Ernährungssouveränität weiterentwickeln

Bestehende Initiativen und notwendige Schritte.....	83
---	-----------

Christine Sallinger

Armutsbetroffene sind Klimaschutzweltmeister*innen

Ein Kommentar.....	89
--------------------	-----------

Hanna Braun, Iris Frey, Martin Schenk, Felix Steinhardt

Energiegrundsicherung

Warum wir ein Recht auf saubere Energie haben und der Markt es nicht richten wird.....**95**

Johannes Seidl

Menschenrecht Wohnen

Ein Kommentar.....**105**

Alexander Brenner-Skazedonig, Lina Mosshammer

Die klimasoziale Mobilitätswende

Raus aus dem teuren Autozeitalter.....**109**

Hedy Spanner im Gespräch mit Alban Knecht

Transformative Bildung und soziale Ungleichheit

Ein Interview.....**117**

BRANDSCHUTZ: Sozial- und klimapolitische Feuerlöscher

Susanne Elsen

Soziale und solidarische Ökonomie

Armut verhindern und ökosoziale Transformation verwirklichen**123**

Gabriele Winker

Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima

Eine konkrete Utopie für eine solidarische Gesellschaft.....**135**

Marie Chahrou

Nachhaltige Arbeit

Ein Weg zu einem guten Leben für alle**147**

Clara Moder und Jana Schultheiß

Klimasoziale Politik

Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialstaats in der Klimakrise**153**

Rafael Wildauer

Armutsbekämpfung durch Vermögenssteuern finanzieren

Das Beispiel Österreich.....**163**

Wolfgang woldt Schmidt

Wer brennt's? – Wer zahlt's?

Die öko-soziale Steuerreform konsequent denken

Ein Kommentar.....**173**

Michaela Haunold

Den öffentlichen Raum klimafit für alle gestalten

Eine Ideensammlung.....179

Anja Eberharter

Kein sozial ohne ökologisch!

Klimaschutz im Sozialen Sektor braucht adäquate Rahmenbedingungen.....183

Yannick Liedholz

Klimagerechte Soziale Arbeit

Drei Schritte auf dem Weg dorthin.....189

Robert Blum

Who cares?

Die Sozialarbeitspraxis in der Klimakrise.....197

Verena Fabris, Martin Schenk

Es brennt! Armut bekämpfen, Klima retten

Ergebnisse der 13. Österreichischen Armutskonferenz.....207

DIE ARMUTSKONFERENZ.

Es ist genug für alle da!

Armut bekämpfen. Armut vermeiden.

Die Armutskonferenz ist seit 1995 als Netzwerk von über 40 sozialen Organisationen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen aktiv. Sie thematisiert Hintergründe und Ursachen, Daten und Fakten, Strategien und Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich. Gemeinsam mit Armutsbetroffenen engagiert sie sich für eine Verbesserung von deren Lebenssituation.

Die in der Armutskonferenz zusammengeschlossenen sozialen Organisationen beraten, unterstützen und begleiten über 500.000 Menschen im Jahr.

www.armutskonferenz.at

Die 13. Österreichische Armutskonferenz und diese Publikation wurden gefördert von

 Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

 Bundesministerium
Arbeit

 Bundeskanzleramt



klimaaktiv



Lebens skizzen

„Lebensskizzen“ macht den Alltag derer sichtbar, die nicht im Licht stehen. Verstärkt die Stimmen, die gewöhnlich überhört werden. Erzählt Geschichten, von denen keiner erzählt.

EVA

Ich bin die Bewohnerin in der Siedlung, die sicherlich die meisten Gartenbegehungen und Hausbegehungen über sich ergehen lassen musste. Gartenbegehung, gut, soll sein, obwohl das ein Eckhaus ist und sie jederzeit alles auch von draußen sehen können. Aber gut, ist auch lustig anzuschauen, wenn eine Prokuristin mit Seidenkleidchen, Nerzmäntelchen und Stöckelschüchen im November in meinem Wildgarten herumstakt...



*Lies Evas ganze
Geschichte hier*



AK

ÖSTERREICH

AK.AT/DEINESTIMME

#deineStimme für Gerechtigkeit

Die AK vertritt deine Rechte.

SCHNAPP DIR DEN JOB!



JETZT
APP HOLEN!



www.ams.at/app

AMS

Arbeitsmarktservice
Österreich